

(BuVo09.037 Konsolidierung 17.09.2010)

**Einstimmiger Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 17.09.2010
nach Vorlage**

- **Kommission Ordnungs- und Mittelstandspolitik, Vors. Frank Gotthardt und Hartmut Schauerte**
- **Vors. Kommission Steuern und Haushalt: Oswald Metzger**

Ordnungspolitischer Kompass für Deutschland – Vorwärts zur Schwäbischen Hausfrau –

„Man hätte ... einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.“ (Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, CDU-Bundesparteitag 1.12.2008)

Die MIT bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft. Ein Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft ist es, eine nachhaltige Politik im Interesse zukünftiger Generationen zu gestalten. Mit Blick auf die explizite und implizite Verschuldung Deutschlands wird diesem Grundsatz durch die Politik keine Rechnung getragen. Im Gegenteil wird nachfolgenden Generationen mit der heutigen Politik der zukünftige Gestaltungsspielraum genommen und heute entstehende Finanzlasten in einem unverantwortlichen Maß auf die Beitragszahler von morgen übertragen.

Die MIT spricht sich für einen ordnungspolitischen Kurswechsel bei der Finanz- und Ausgabenpolitik nach folgenden Maßgaben aus:

- Die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz war ein wichtiger Schritt und ein großer Erfolg der Union. Es ist nun Aufgabe der Union, auf eine strikte Einhaltung der Schuldenbremse zu drängen und zugleich einen konsequenten Abbau der bestehenden Schulden zu forcieren.
- Das Bewusstsein für den Schuldenstand Deutschlands muss bei Politikern und Bürgern geschärft werden. Als ein Beitrag wird am Eingang des Deutschen Bundestages die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler e.V. angebracht.
- Deutschland hat primär kein Einnahmeproblem. Über 500 Mrd. Euro zahlen die deutschen Steuerzahler in die Kassen ein, für 2014 rechnet man mit Steuereinnahmen in Höhe von 580 Mrd. Euro. Die Einnahmesituation in Deutschland ist hervorragend. Deutschland hat ein Problem auf der Ausgabenseite der öffentlichen Kassen. Hierfür muss bei Politik und Öffentlichkeit das Bewusstsein verändert werden, um das Verständnis für die Notwendigkeit von grundlegenden Reformen zu schaffen.
- Der Staat hat sich endlich auf seine Kernaufgaben zu beschränken.
- Jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben ist abzulehnen. Denn wie die Vergangenheit zeigt, wurde damit bisher nicht das strukturelle Ausgabenproblem gelöst, sondern das notwendige Sparen und die Haushaltskonsolidierung vertagt.
- Zukünftig ist eine Ausgabenreduzierung anzustreben und einem Ausgabenwachstum durch konsequente Kürzungsmaßnahmen entgegenzuwirken.

- Ohne Reformen und konsequente Einschnitte wird der Bereich Soziales im Jahr 2013 ca. 55 Prozent des Bundeshaushalts beanspruchen. Diesem Trend ist mit grundlegenden Reformen bei den Sozialen Sicherungssystemen konsequent entgegenzuwirken.
- Alle Leistungszusagen im Rahmen der Sozialen Sicherungssysteme müssen auf ihre zukünftige Finanzierbarkeit überprüft und ggf. zurückgenommen werden. Die zurückliegenden Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind auch wirkungsgleich auf die Pensionen bzw. auf die Beamten zu übertragen. Von jedem Leistungsversprechen in Rahmen der Sozialen Sicherungssysteme, für welches keine Rücklagen gebildet wurden, ist grundsätzlich abzusehen. Wahlversprechungen und eine Politik, die das absehbare Finanzierungsproblem der sozialen Sicherungssysteme noch verschärfen würden, werden grundsätzlich abgelehnt.
- Unwirksame Arbeitsmarktförderungen müssen umgehend und ersatzlos gestrichen werden.
- Das Elterngeld ist abzuschaffen und es ist zum Erziehungsgeld zurückzukehren.
- Der Sozialstaat muss stärker aktivierend und sanktionierend sein.
- Mehr Geld ins Bildungssystem allein ist keine Garantie für bessere Ergebnisse, wie PISA zeigt. Statt mehr Geld sollten die zur Verfügung gestellten Mittel effizienter eingesetzt werden.
- Kaum ein Land gibt so viel Geld für familienpolitische Leistungen aus wie Deutschland. Über 150 verschiedene Leistungen werden zurzeit von 40 unterschiedlichen Behörden verwaltet. „Viel hilft viel“ kann zukünftig nicht mehr das Motto sein. Vielmehr ist eine konsequente, regelmäßige Erfolgskontrolle einzuführen und ineffiziente Maßnahmen ersatzlos zu streichen.
- Bei allen sozialen Leistungen muss grundlegend die Bedürftigkeit in den Vordergrund gestellt werden. Alle Leistungen sind darauf hin zu überprüfen, ob eine zielgerichtete Förderung gleichermaßen auch durch Angebote von Sach- und Dienstleistungen gewährleistet werden kann.
- Spätestens im Jahr 2013 wird die deutsche Staatsverschuldung die 2 Billionen-Euro-Marke überschreiten. Das bedeutet dann jährlich 100 Milliarden Euro Zinslasten. Diese Entwicklung hat nichts mehr mit einem Sozialstaat zu tun, denn es werden künftige Generationen so stark belastet, dass sie nicht mehr so frei politisch gestalten können, wie man es heute noch kennt. Daher ist es unerlässlich, die verfassungsrechtliche Schuldenbremse umzusetzen, einzuhalten und darüber hinaus mit aller Kraft weitere Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vorzunehmen.